



Der Wohlstand und die Gesundheit des Menschen basieren auf Leistungen der Natur.

Kantone sollen Biodiversität planen und umsetzen

«Es braucht eine tiefgreifende Veränderung», sagt Katrin Schneeberger, Direktorin Bundesamt für Umwelt, zur schleppenden Umsetzung des Aktionsplans Biodiversität. Um dieses Generationenprojekt in Fahrt zu bringen, sollen die Kantone verstärkt verpflichtet werden, in der Raumplanung Kapazitäten auszuscheiden. Jährlich sollen 100 Millionen Franken für den Ausbau «ökologischer Infrastruktur» zur Verfügung stehen.

Text und Fotos: Urs Rüttimann

Biodiversität ist für den Menschen überlebenswichtig. 2017 hat der Bundesrat den «Aktionsplan Strategie Biodiversität Schweiz» beschlossen. Die darin enthaltenen Massnahmen sollen bis 2027 umgesetzt werden. In der Verfassung ist zusätzlich festgeschrieben, dass der Bund beauftragt ist, die Biodiversität und die damit verbundenen Ökosystemleistungen zu erhalten. Die Zwischenbilanz von Katrin Schneeberger, Direktorin Bundesamt für Umwelt (Bafu), zum Aktionsplan an der Tagung «Biodiversität bringt's!» ist durchgezogen: «Bislang ist es uns in verschiedenen Bereichen nicht gelungen, diesem Auftrag gerecht zu werden.» Nichtsdestotrotz betont sie, dass die Menschen auf Biodiversität angewiesen sind und Verantwortung für nachkommende Generationen wahrnehmen müssen.

«Wir brauchen die Leistungen der Natur, um zu überleben», führt Schneeberger aus.

Pflanzen werden durch Insekten bestäubt und können so Nahrung für Mensch und Tier liefern. Wälder, Moore und Grünflächen speichern Kohlendioxid und verlangsamen den vom Menschen verursachten Klimawandel. Blattwerk und ein gut durchwurzelter Boden verringern den Schaden bei Starkregen. Bäume spenden in Hitzeperioden Schatten und kühlen über Verdunstung von Wasser die Luft. Eine intakte Natur bietet dem Menschen Raum für Freizeit und Erholung und trägt damit zur Gesundheit bei. Dies sind nur einige der wichtigsten Ökosystemleistungen von Biodiversität, die bei einer Übernutzung der Natur auf dem Spiel stehen.

«Nichts tun ist keine Option.»

Das Bafu hat das Mandat und die finanziellen Mittel, Biodiversität und die damit verbundenen Leistungen zu erhalten und zu

fördern. Bisher konnte gemäss Schneeberger immerhin der Artenschwund in den vergangenen 20 Jahren etwas abgebremst werden. Doch bedroht bleiben in der Schweiz nach wie vor die Hälfte der Lebensraumtypen und ein Drittel der Arten. Eine Besserung sei nicht in Sicht, weder in der Schweiz noch international. Von weltweit 8 Millionen beobachteten Pflanzen und Tieren sind 0,5 bis 1 Million gefährdet, wie der Weltbiodiversitätsrat 2019 festgehalten hat. «Nichts tun ist keine Option. Es braucht eine tiefgreifende Veränderung», sagt die Bafu-Direktorin zum langwierigen Umsetzungsprozess. «In Gang gebracht werden kann dieser nur zusammen mit der Wirtschaft, der Forschung, Interessensorganisationen und der Politik.» Auf einen parlamentarischen Vorstoss zum Artensterben (Nationalrätin Claudia Friedl, SP/SG, Dezember 2020) hat der Bund mit Verweis auf den Aktionsplan Biodiversität



ten Gegenvorschlag ausgearbeitet. Unter anderem sieht er vor, die Schutzflächen für Biodiversität von heute knapp 14 auf 17 Prozent der Landesfläche zu vergrössern. Verankert werden soll dies im Natur- und Heimatschutzgesetz. Darin enthalten sind ausserdem die bessere Vernetzung dieser Flächen und die Stärkung des ökologischen Ausgleichs in den Siedlungen. «Jährlich sollen dafür 100 Millionen Franken aufgewendet und zusätzliches Personal eingesetzt werden», sagt Schneeberger zum Vorschlag des Bundesrates. In diesen Massnahmen sieht sie einen «wichtigen und notwendigen Schritt zur Schaffung der ökologischen Infrastruktur», als zentrale Forderung des Aktionsplans Biodiversität.

Biodivers begrünete Bahntrassen

Die Einreichung der Biodiversitätsinitiative vor rund einem Jahr und die Ausarbeitung des Gegenvorschlags hat die Kommunikation des Bundes zum Thema Biodiversität verändert. «Eine breit angelegte Informationskampagne für mehr Artenvielfalt ist vor diesem Hintergrund aus staatspolitischen Gründen nicht mehr angezeigt», sagt Hans Romang, Abteilungschef Biodiversität und Landschaft beim Bafu. Die hängige Volksinitiative habe zum Stopp der Kampagne geführt und die Kommunikation des Bafu auf die Kanäle des Amtes eingeeengt.

Kernthema bei der weiteren Umsetzung des Aktionsplans bleibt die ökologische Infrastruktur. Einen Erfolg dazu verzeichnete man beim Bundesamt für Verkehr, das Biodiversität in die Leistungsvereinbarungen 2021 bis 2024 mit den Bahnbetreibern

aufgenommen hat. «Der Bund macht damit klar, dass er durch seine Gelder auch Leistungen im Interesse der Gemeinschaft erwartet, die über den Kernauftrag der Bahnbetreiberinnen hinausgehen», sagt Romang. Langfrist erhofft er sich davon einen spürbaren Gewinn an Biodiversitätsflächen. «Bestehende Infrastruktur wird damit zunehmend biodivers gestaltet.»

Kantone bald in der Pflicht

Die heutigen naturnahen Flächen seien für die Artenvielfalt und das Wohlbefinden der Menschen ungenügend und erfüllten ihre ökologische Funktion nicht, sagt Gabriella Silvestri, Sektionschefin Ökologische Infrastruktur. «Deshalb muss die ökologische Infrastruktur ausgebaut und weiterentwickelt werden. Unter «ökologischer Infrastruktur» versteht das Bafu «ein nationales Netzwerk aus ökologisch wertvollen natürlichen und naturnahen Lebensräumen». Unterteilt wird in «Kern- und Vernetzungsgebiete», geachtet wird auf eine ausreichende Qualität und Quantität und die Lage und Anordnung dieser Flächen muss verschiedenen Kriterien genügen.»

geantwortet: «Bei Entscheidungen in allen Politikbereichen soll die Auswirkung auf die Biodiversität transparent dargelegt und berücksichtigt werden.»

Um den Verlust an Biodiversität zu bremsen, müssen die Gesetzesvorschriften nachgebessert werden. In der politischen Pipeline befindet sich die Biodiversitätsinitiative, die von 8 Umweltorganisationen eingereicht und von 26 weiteren Interessengemeinschaften unterstützt wird. Zu dieser Volksinitiative hat der Bundesrat einen indirek-

«Siedlungsgrün:
hochwertig = naturnah»
Mehr zum Thema Seite 13



Noch gibt es in der Schweiz zu wenig naturnahe Grünflächen, um den Artenverlust zu bremsen.

Die gesetzliche Grundlage für den Ausbau und die Weiterentwicklung der ökologischen Infrastruktur bilden Programmvereinbarungen mit den Kantonen.* Sie sollen Gewähr bieten, dass solche Flächen bis 2024 auch in die Raumplanung der Kantone einfließen und mit den vom Bund ausgearbeiteten Massnahmen umgesetzt werden. Die genaue Analyse von Flora und Fauna soll Hinweise geben, wo welche Typen von ökologischen Lebensräumen qualitativ verbessert oder neu ausgeschieden werden können. InfoSpecies, das Schweizerische Informationszentrum für Arten, bietet den Kantonen Daten von hoher Qualität, wo welche Pflanzen wachsen und Tiere leben. Rückschlüsse auf spezifische Lebensräume beziehungsweise ökologische Gilden sind so möglich.

Mehr Ökologie am Strassenrand

Neben Lebensräumen wie Wäldern, Waldrändern, Gewässerräumen, Mooren, Biotopen und Wildkorridoren soll die ökologische Infrastruktur insbesondere mit Grünflächen in Siedlungsgebieten erweitert



Auch der dicht besiedelte Raum kann aufgewertet werden, beispielsweise mit «echten» statt mit gemörtelten Natursteinmauern.

werden. Wirtschaft, Wohnen und Mobilität gingen im Siedlungsraum vielfach auf Kosten von Natur und Grünflächen. Das Beispiel des Kantons Aargau zeigt, wie im dicht besiedelten Mittelland dem Schwund von naturnahen Flächen entgegengewirkt wird. Zusammen mit den Kantonen Bern

und Zürich nimmt der Aargau bei der Planung von ökologischer Infrastruktur eine Vorreiterrolle ein.

Mit der zuvor beschriebenen Analyse der Flächen nach Pflanzen- und Tierarten (InfoSpecies) haben die Behörden systematisch die Kern- und Vernetzungsgebiete für eine

ökologische Infrastruktur eruiert. Sie ergab, dass 16 Prozent der Kantonsfläche naturnah oder natürlich ist. Aus fachlicher Sicht seien aber 29 Prozent nötig, damit diese Fläche aus ökologischer Sicht funktioniere respektive der Artenverlust gestoppt werden könne, sagt Alex Stirnemann, Projektleiter Ökologie und Evolution im Kanton Aargau. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten 8400 Hektaren bestehende Flächen aufgewertet werden und weitere 8400 Hektaren neu als biodiverse Flächen ausgezont und ökologisch aufgewertet werden.

Für die Umsetzung arbeitet die kantonale Abteilung Landschaft und Gewässer zusammen mit den Abteilungen Landwirtschaft, Tiefbau und Immobilien. Bei den Immobilien, die im kantonalen Besitz sind, sollen die Grünflächen vorbildlich bepflanzt werden, um auch Privaten Ideen für eine naturnahe Gestaltung zu geben. Im Fokus stehen vor allem auch die Grünflächen an Kantonsstrassen, die nachhaltiger gepflegt oder neu ökologisch aufgewertet werden. Eine Überprüfung vor Ort ist gemäss Stirnemann insbesondere bei den Kantonsstrassen unerlässlich: «Die Grösse der Fläche muss man kennen, um einschätzen zu können, ob sich eine ökologische Aufwertung oder Neugestaltung lohnt.» Beim Unterhalt dieser Flächen muss der Kanton zudem immer auch die Effizienzfrage hinsichtlich einer vorwiegend maschinellen Pflege stellen und allenfalls neue Geräte erproben und anschaffen.

* Handbuch **Programmvereinbarungen im Umweltbereich** 2020 bis 2024.

Wird die Menschheit nachhaltiger?

Artenvielfalt und die damit verbundenen Ökosystemleistungen bilden das Fundament für den Wohlstand in der Industriegesellschaft. Heute jedoch sind gemäss Forschung die Belastungsgrenzen zahlreicher Ökosysteme überlastet. Soll die heutige Klima- und Biodiversitätskrise gelöst werden, darf sie nicht allein als ökologisches Problem betrachtet werden: «Ein tiefgreifender Wandel ist erforderlich, um das Überschreiten der planetaren Grenzen einzudämmen», ist Beate Jessel überzeugt. Die Direktorin des Instituts für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) nennt dazu die Bereiche Landnutzung und Klima, auf die der Mensch so stark Einfluss nimmt, dass deren Veränderung zu einem Risiko für seine Existenz werden kann. Noch folgenreicher ist der menschliche Einfluss auf die Biosphäre. Der Verlust an genetischer Vielfalt beziehungsweise Biodiversität und die Veränderung biogeochemischer Kreisläufe durch Düngung mit Phosphor und Stickstoff verändern bereits Ökosysteme gravierend.

Gemessen werden die planetaren Belastungsgrenzen mit dem globalen Fussabdruck. Die Schweizer liegen zusammen mit den Südkoreanern und Russen global auf dem dritten Platz und brauchen für ihren Lebensstil eigentlich mehr als drei und ein Drittel Erden. Den ersten und zweiten Platz belegen Australien und die USA mit 5,4 und 4,8 Erden.

Wissenschaftler sind der Ansicht, dass nur ein «transformativer Wandel» die Risiken einer ökologischen Krise eindämmen kann. Diesen Wandel in Gang setzen müssen Veränderungen der vorherrschenden Lebens- und Wirtschaftsweisen. Dringende Handlungsfelder ordnet die WSL-Direktorin Jessel unter anderem

- in einer naturverträglichen Energiewende,
- in einem nachhaltigen Konsum, in einer ressourcenschonenden Wirtschaft ohne naturschädigende Subventionen,
- in einem Naturschutz, der in den Köpfen der Leute umfassend die ökonomischen und soziokulturellen Ursachen von Umweltbelastungen begriffbar macht.

Siedlungsgrün: hochwertig = naturnah

Qualitativ hochwertige Grünflächen in Siedlungen sind naturnah und artenreich. Mit diesem Bekenntnis will der Bund die Biodiversität in Städten und Agglomerationen fördern. Derweilen erproben Forscherinnen und Forscher, wie mit Wildstaudenmischungen vermehrt Natur in die Stadt gebracht werden kann.

Text und Fotos: Urs Rüttimann

7,5 Prozent der Schweiz sind von Siedlungen bedeckt – Berge, Wald- und Landwirtschaft nicht eingerechnet. Dies bei weiterhin zunehmender Tendenz. In der West-, Zentral- und Nordschweiz liegt dieser Flächenanteil sogar bei 10 Prozent, nachdem er allein in den vergangenen drei Jahrzehnten um 31 Prozent gewachsen ist. Der Siedlungsraum ist intensiv bewirtschaftet, zu mehr als zwei Drittel ist er versiegelt.

Immerhin hat das verschärfte Raumplanungsgesetz 2013 Grundlagen geschaffen, diesen Trend zu drosseln. Ziele dieses Gesetzes sind: räumlich möglichst dicht bauen,

weniger neues Bauland einzonen und die Grünflächen in den Siedlungen qualitativ hochwertig zu gestalten und bepflanzen. Die Klima- und Biodiversitätskrise hat seither die Sensibilität gegenüber Zersiedelung, versiegelten Böden, Lichtverschmutzung und Artenschwund zusätzlich erhöht. Doch das gestiegene ökologische Bewusstsein vermochte die Entwicklung nicht zu wenden.

Dichtestress für die Natur

«Die Biodiversität ist bedroht», sagt Claudia Moll, Mitarbeiterin der Sektion Landschaftspolitik vom Bundesamt für Umwelt

(Bafu). Ihre Bilanz: «Für Biodiversität hat es in den Siedlungen zu wenig Platz. Deshalb nimmt die Artenvielfalt ab.» Der Aktionsplan «Strategie Biodiversität Schweiz», der vom Bundesrat 2017 verabschiedet wurde, enthält deshalb für den Siedlungsraum den Auftrag: Die Lebensräume sind möglichst zu vernetzen. Dabei gilt es, die in den Siedlungen vorkommenden Pflanzen- und Tierarten zu erhalten und den Bewohnern Naturerlebnisse zu ermöglichen. «Die Herausforderung besteht darin, die bauliche Entwicklung gegen innen optimal mit der Qualität von Natur und Landschaft zu verbinden», sagt Moll.

Vernetzte Lebensräume können im Siedlungsraum dazu beitragen, die Artenvielfalt zu erhalten.



Im Aktionsplan Biodiversität zeigt auf, wie der Bund, Kantone, Agglomerationen und Gemeinden diesen Auftrag umsetzen können. Im Zentrum steht das Pilotprojekt «Biodiversität und Landschaftsqualität in Agglomerationen». Anhand von Fallstudien erprobten die Projektverantwortlichen Planungsinstrumente und Einflussmöglichkeiten, wie die Qualität von Grünflächen in Agglomerationen verbessert werden können. Mit vier erarbeiteten Stossrichtungen bietet das Bafu den zuständigen Akteuren Hand, im Siedlungsraum naturnahe Lebensräume mit hoher Artenvielfalt zu schaffen. Zusätzlich stellt das Amt mit den «Musterbestimmungen zur Förderung von Biodiversität und Landschaftsqualität im Siedlungsraum» einen Massnahmenkatalog bereit. Die Musterbestimmungen unterstützen die Gemeinden und Kantone bei der Überarbeitung der Planungsgrundlagen und -instrumente. Sie sind juristisch und raumplanerisch geprüft und entstanden in Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Gemeinden und Interessensorganisationen.

Der Austausch und die Diskussion der strategischen Ausrichtung zwischen Bund, Kantonen, Agglomerationen und Gemeinden erfolgt über die sogenannte «Tripartite Konferenz», einer politischen Plattform für die Zusammenarbeit zwischen den drei staatlichen Ebenen sowie den urbanen und ländlichen Räumen. Vier Qualitätsziele sind für diese Zusammenarbeit verbindlich:

- Vielfältige vernetzte Grün- und Freiräume leisten einen Beitrag zur ökologischen Infrastruktur.
- Der Umgang mit Natur- und Landschaftswerten sowie mit identitätsstiftenden Orten soll man sorgfältig abwägen. Orte haben eine Geschichte, und diese gilt es in die Planung zu berücksichtigen.
- Multifunktional gestaltete Freiräume werden den vielfältigen Ansprüchen in Siedlungsgebieten gerecht. Freiräume müssen viele Anforderungen erfüllen und verschiedene Nutzungen zulassen. Sie sollen erlebbar und zugänglich sein, aber auch ökologisch funktionsfähig. Ihre Gestaltung ist dazu auf ein konfliktarmes Nebeneinander von Mensch und Natur ausgelegt.
- Ökosystemleistungen und Landschaftsleistungen sind anerkannt und werden im Planungsprozess berücksichtigt.

Fallbeispiel Ballungsraum Genf

Die Genfer Gemeinde Meyrin hat mit dem Bafu zusammengearbeitet und mit den empfohlenen Planungsgrundlagen und -instrumenten Grünflächen biodivers ausgestaltet. Im Zentrum stand der Lac de Vernes,

ein Rückhaltebecken für Sauberwasser mit einer Gesamtfläche von 5,5 Hektaren, davon 2 Hektaren Wasser. Für 8,6 Millionen Franken ist dieses Gebiet ökologisch aufgewertet und zu einem beliebten Naherholungsgebiet ausgestaltet worden, wie Olivier Chatelain ausführt, der das Umweltamt der Gemeinde leitet.

In Meyrin siedelte sich 1955 die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN) an. Mit dieser Forschungsstätte kamen über 3000 zusätzliche Arbeitsplätze in die Gemeinde. In den 1960er-Jahren zog man deshalb die Cité de Meyrin hoch, eine Grosssiedlung mit mehreren Dutzend Wohnblöcken und mit viel Grün für 12000 Bewohner. Von 1950 bis 2018 ist die Bevölkerung auf über 25000 Personen angewachsen. In der Legislaturperiode 2015 bis 2020 sprachen die Politiker dem Erhalt der Biodiversität höchste Priorität zu. Mit durchdachter Planung sind vielfältige, attraktive Grünräume entstanden, die Erholung bieten, den Artenreichtum fördern und von der Bevölkerung genutzt und geschätzt werden.

Attraktive Bepflanzungen gesucht

Im Sommer 2019 startete an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) das auf vier Jahre angelegte Projekt «Mischpflanzungen zur Förderung der Biodiversität im urbanen Raum». In 16 Gemeinden des Mittellands werden auf 25 Flächen einheimische Bepflanzungen erprobt, mit denen die Biodiversität gefördert werden kann. «Die Nachfrage nach Wildstaudenmischungen, die einfach umsetzbar sind, steigt», sagt Doris Tausendpfund,



Der Bund motiviert Gemeinden dazu, Grünräume zu planen statt Boden zu versiegeln.

Leiterin der Forschungsgruppe Pflanzenverwendung an der ZHAW. «Was hingegen fehlt, sind ästhetisch ansprechbare und funktionierende Lösungen für die bestehenden Humusböden, deren Pflegeaufwand wirtschaftlich ist.»

Die heutigen Humusböden tragen gemäss Tausendpfund massgeblich dazu bei, dass es in der Stadt weniger heiss wird. Deshalb sollten sie nicht verändert werden. Mischpflanzungen sind zudem am ehesten geeignet, die Biodiversität im und oberhalb des Bodens zu erhöhen. Die gewählten Bepflanzungen sollen aber praxistauglich sein und der Bevölkerung gefallen. Staudenmischpflanzungen definiert die Forscherin als erprobte Auswahl von Pflanzenarten, die für einen bestimmten Standort vorgesehen sind und deren Mengen- und Stückzahlen pro Quadratmeter genau festgelegt sind. Durch die gezielte Artenauswahl mit unterschiedlichen Wuchsformen, ästhetischen Merkmalen und Ausbreitungsstrategien sollen Mischpflanzungen weitgehend selbstregulierend wachsen. Abgestimmt sind auch Blütezeiten, Farben und Texturen. Der Standort und die Pflege bestimmen dabei wesentlich das Erscheinungsbild und geben den zusammengestellten Mischpflanzungen ein oft sehr unterschiedliches Aussehen. Insgesamt hat die ZHAW sieben regionalspezifische Wildstaudenmischungen entwickelt.

Zum Umdenken bewegen

Der Sensibilisierung der Bevölkerung beurteilen die Forscherinnen und Forscher als entscheidend, um erfolgreich auf naturnahe Bepflanzungen umzustellen. Mit Plakaten vor Ort erklären sie das Projekt und verweisen für weiterführende Informationen auf die ZHAW-Website. * Bei der Pflanzung und Pflege der Grünflächen hat Tausendpfund Zeit eingeräumt für Gespräche mit interessierten Passanten, ebenso werden Führungen angeboten. «Wichtig ist uns zudem der Austausch mit den Stadtgärtnerinnen und -gärtnern. Denn sie sind öfters vor Ort und werden von Leuten direkt angesprochen. Eine fachgerechte Auskunft kann nur erfolgen, wenn die Stadtgärtner das Projekt auch genau kennen.» Zusätzlich bedient die ZHAW die Kommunikationsverantwortlichen der Gemeinden regelmässig mit Informationsmaterial zur Veröffentlichung. Welche Faktoren tragen zum Erfolg bei, mit Mischpflanzungen die Biodiversität im urbanen Raum zu fördern? Wichtig ist für die ZHAW-Forscherin zunächst die gewissenhafte Bodenvorbereitung, idealerweise durch den Stadtgärtner selbst, da er später auch für die Pflanzung verantwortlich ist. Als unabdingbar für die fachgerechte Pflege



Gärtnerinnen und Gärtner mit der entsprechenden Qualifikation können sich künftig verstärkt als Spezialisten für Stadtnatur anbieten, die auch das Auge erfreut.

erachtet sie weiter genaue Pflanzenkenntnisse und ein hohes Interesse an Wildpflanzen. «Wildpflanzen sind nicht pflegeleicht. Jeder kann das nicht», sagt sie. Die ZHAW steht zudem im Gespräch mit den verantwortlichen Stadtgärtnerinnen und -gärtnern. Um handfeste Praxiserfahrungen zu sammeln und diese auf Augenhöhe ins Gespräch einzubringen, pflegen die Projektmitarbeiter der ZHAW zwei Versuchsflächen des Projekts selber: «Ideal ist ein Dialog, der auf Identifikation, Begeisterung für die Sache und Vertiefung der Fachkenntnisse.»

* ZHAW-Forschungsprojekt «Wildstauden-Mischpflanzungen, Bepflanzungen für mehr Biodiversität in unseren Städten.»: www.zhaw.ch → Forschung (Doppelklick) → Wildstauden-Mischpflanzungen

Neuer Leiter Umwelt bei JardinSuisse



Seit Oktober arbeitet Alberto C. Picece für JardinSuisse. Er leitet die Fachstelle Umweltschutz, die zuvor über drei Jahrzehnte von Inge Forster betreut worden war. Picece hat in Wädenswil Umweltingenieurwesen mit Vertiefung Urbaner Gartenbau studiert und anschliessend bei Otto Hauenstein Samen AG im Innendienst gearbeitet. Seine Neugier führte ihn nach 3 Jahren zurück an die Hochschule. In Innsbruck absolvierte er ein Masterstudium in Ökologie & Biodiversität. Das steigende Umweltbewusstsein der

Bevölkerung sieht er als Chance für die Grüne Branche. Doch auch der Druck auf die Grüne Branche nimmt zu, Umweltanliegen umzusetzen. Die Zierpflanzenproduzenten und die Garten- und Landschaftsbauer haben die Möglichkeit, sich als kompetente Fachpersonen im Markt zu positionieren. Weiterbildung ist dabei nicht mehr wegzudenken.

Picece strebt nach einer Fachstelle Umwelt, die diesen gesellschaftlichen Wandel begleitet und konkrete Lösungen für die Praxis bietet. Von der kostenlosen «Beratung zur Torfreduktion» beispielsweise haben bereits mehrere Unternehmen profitiert. Bis Ende 2022 sind nur noch 32 Beratungsplätze frei.

Anzeige

**DAS UMFASSENDSTE NACHSCHLAGEWERK
FÜR EINKÄUFER DER GRÜNEN BRANCHE**

Bezugsquellenregister Online www.gplus.ch

